

Neu-England.

Mit dieser Überschrift haben einige Zeitungen in England ihre Beiträge überzeichnet. Doch sonst, als wäre in England eine neue Regierung aus Muder gekommen, als sollten für die innere Politik unter Kanalzeiten neue Zeiten anbrechen. Und dennoch ist das bisherige Ministerium Aquith am Muder abblieben. Dennoch haben die Liberalen den Platz behauptet und dem Hochschulrat noch für einige Zeit den Sieg verpasst. Aber ihre Regierungsweise, die vor den Wahlen auf ihrer eigenen Stütze beruhte, sollte sie Opfer. Die Arbeitspartei und die Freiheit werden im Regierungsbild verbleiben, wenn man ihnen gewisse Zugeständnisse macht. Ob das Ministerium auf diese Weise lange lebensfähig bleiben wird, bezweifeln die Unionisten dringend, und einige Blätter schreiben bereits, daß man sich desgegen für einen

neuen Wahlkampf

rüsten müsse. Über auch in überreichen Kreisen gibt man sich bezüglich des jüngsten Wahlkampfes keinen großen Hoffnungen hin. Alle Prokonsale sind darüber einsig, daß neuer das Ministerium noch die neue Parlamentsmehrheit den immer drohender werdenden Forderungen der Flottenliga widerstehen kann. Ganz so wie man auf liberaler Seite die verschafften Wahlen mit starker Freude als "Selbstverwahlen" bezeichnet, weil die Unionisten in den Vordergrund ihrer Werbearbeit die

Furcht vor Deutschland

gerüstet haben; aber man ist sich im Verlaufe des Wahlkampfes doch auch darüber klar geworden, daß diese Gegenfurcht viele Kreise des Volkes ergriffen hat. Sie hat den Unionisten den geradezu ungeheuren Stimmengewinn gebracht. Alle, die für die Ansprüche des Oberhauses nicht zu haben sind, haben gleichwohl ihre Stimme einem Unionisten, weil sie befürchten, daß das liberale Kabinett weder das (von ihm in Aussicht gestellte) Abkommen mit Deutschland über die Rüstungen herbeiführen, noch bereit sein werde, den englischen

Flottenbau zu beschleunigen.

wie es noch Ansicht der Unionisten das Wohl des Landes erachtet. Die Deutschen aber werden gut tun, diefer Stimmung in England, die bei den Wahlen so überzeugend und zahlreich zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung zu tragen. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß alle Besuche von Vereinen, Diplomaten und Konsuln die tiefe Lust nicht überwinden können, die nun einmal durch die

Nebenbuhlerischafft auf dem Weltmarkt zwischen beiden Ländern entstanden ist. Viele Blätter schreiben ganz unumwunden, daß der Wohlstand entsprechend stärker belastet fehlt. Das macht sich um so schlimmer geltend, als mit dem 1. April zufolge dem Reichsgesetz der in den Reichslanden allgemein bestehende Ostro auf Fleisch, Brot und anderes Lebensmittel aufzuhören muss. Das bedeutet für die Stadt Stralsund z. B. einen Ausfall von nahezu einer Million Mark. Die Regierung hat allerdings durch Gesetz dafür gesorgt, daß die Kommunen die Hundertsteuer entsprechend erhöhen und eine Warendausteuer einführen dürfen. Auch ist ein Wirtschaftsstempel bei Neugründung und Übertragung bestehender Wirtschaften in andre Hände bis zu 1000 Mark gestattet. Da aber alle diese Steuern nicht ausreichen werden, so wird das tehlende Geld durch ungewöhnliche Steigerung der direkten Steuern aufgedrückt werden müssen. Wieder.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kaiser Wilhelm hat den japanischen Prinzen Taisho nicht gewährt im Berliner Königlichen Schloss empfangen. Der Prinz, ein Bernharder des Kaisers von Japan, wurde zur Tafel geladen.

Eine titellose Geschichte.

5) Von Eugen Ochsone.

(Fortsetzung.)

"Es Gottlieb, Sie sind es!" rief Helene erfreut einem alten Dienner zu, den sie kannte, weil er ehemals häufig als der Überlinger oberster Justizbeamte zu ihrer Freunde in die Pension gekleidet worden war.

"Gewiß, gewiß," lagte der Alte, ihr die Hand fassend, "und der Wagen der onduligen Frau wartet schon seit einer Viertelstunde."

"Gaudige Frau! Was zum Ausdruck soll das bedeuten?" rief leise aber heftig eine Stimme in peripherer Entfernung, ohne jedoch von dem jungen Mädchen gehört worden zu sein.

"Wer, er wohl sein mag?" philosophierte die junge Dame, indem ihr leichter Phœton roch über das unebene Ufaster der Stadt dahinrollte. Er sprach viel vom Orient — vielleicht der Professor Sonnenstein..."

"Naßher, du bekommt einen Taler, wenn du mir jenen Phœton nicht aus den Augen läßt," sprach unterdessen der Unbekannte, der wie rauchend dientecheinigte. Möglicherweise er "Halt!" und sah den Kutscher bestig am Arm.

"Wer wohnt in diesem Hause, Vorlieb?"

Das Haus gehörte der Frau Gerichtspräsidentin von Gundlingen, und sie bewohnt es allein."

"Frau und Gerichtspräsidentin! Verwünscht! Aburde!" Mit diesen Worten warf sich der Herr in seinen Wagen zurück und fuhr höchst übelausdrücklich davon.

* Die Justizkommission des Reichs- tages hat die Ausdehnung des § 153 des Strafgesetzbuches bet. Verleugnung des Telegraphengeheimnisses auch auf das Telefon beschlossen.

* Über die kommende preuß. Wahlreform verloren, daß sie die geheime Wahl nicht bringen wird. Dagegen soll die direkte Wahl eingeführt werden, allerdings "mit Rückicht auf Bildung und Besty". — Es scheint sich dennoch also um ein Wahlrecht mit Mehrstimmenwahl zu handeln.

* Den viersilbigen Fragen über die hohen Sätze der Gemeinde-Posttarife sind neu entschieden, haben die preuß. Minister des Innern und der Finanzen in einem Gesetzbuch darauf hingewiesen, daß diese Steuern von der Gemeinde nicht so hoch bemessen werden dürfen, daß sie zu einer Unterwerfung der in Frage kommenden Gewerbebetriebe führen.

* Die Frage der Schiffahrtsabgaben, die in Preußen vor einiger Zeit auf neue angeregt worden ist und dementsprechend zur Entschließung kommen soll, findet jetzt immer weniger Widerstand bei den deutschen Bundesstaaten. Auch Sachsen und Württemberg ist man überall mit der Einführung der Schiffahrtsabgaben (auf dem Rheine) einverstanden. Allem Anschein nach sind damit aber die Schwierigkeiten nicht überwunden; denn jetzt macht sich in Holland, daß an dieser Frage ebenfalls stark interessiert ist, eine lebhafte Bewegung gegen diese Neuordnung bemerkbar. Ob sich freilich die Hoffnung holländischer Handelsstädte, Preußen werde durch Vermittelung Württemberg und auf Drängen Sachsen noch einmal die Einführung dieser Feste verhindern, erfüllt, ist angegesichts der weit vorgeschrittenen Verhandlungen sehr zweifelhaft.

* Die Kaiserliche Werft in Kiel hat bis dato im Hinblick auf die Ergebnisse des großen Protests, den Berlau von Ultimatum zu verschärfsten Bedingungen aufgeschlagen.

* Die sächs.-lothringischen Städte sind gemeinsam in großer Verlegenheit, wie sie ihren Haushalt aufstellen sollen. Ein Verwögens- und Einkommensvertrag, daß die Wohlhabenden entsprechend stärker belastet seien, fehlt. Das macht sich um so schlimmer geltend, als mit dem 1. April zufolge dem Reichsgesetz der in den Reichslanden allgemein bestehende Ostro auf Fleisch, Brot und anderes Lebensmittel aufzuhören muss. Das bedeutet für die Stadt Stralsund z. B. einen Ausfall von nahezu einer Million Mark. Die Regierung hat allerdings durch Gesetz dafür gesorgt, daß die Kommunen die Hundertsteuer entsprechend erhöhen und eine Warendausteuer einführen dürfen. Auch ist ein Wirtschaftsstempel bei Neugründung und Übertragung bestehender Wirtschaften in andre Hände bis zu 1000 Mark gestattet. Da aber alle diese Steuern nicht ausreichen werden, so wird das tehlende Geld durch ungewöhnliche Steigerung der direkten Steuern aufgedrückt werden müssen.

Frankreich.

* Die Gerüchte, daß Präsident Fallières von seinem Posten zurücktreten gedacht, bestätigen sich. Die Erfüllung seiner Pflichten wird dem preußischen Präsidenten immer schwerer, da sein Gesundheitszustand sehr schwankend ist. In den beteiligten Kreisen sieht man sich bereits nach einem Nachfolger um, und es ist kein Wunder, daß dabei der Name Clemenceau (der französische Ministerpräsident) immer wieder genannt wird. Dieser Kandidat soll auch Fallières geneigt sein, um so mehr, da er weiß, daß König Edward niemand lieber auf den Präsidententhule leben würde, als seinen Freund Clemenceau. Und dieser selbst? Er würde ohne Zweifel die Wahl annehmen, um so eine unvergleichliche politische Laufbahn zu tragen.

* Die Räuber ist jetzt wieder zusammengetreten und hat die Anfrage bezügl. die durch den französischen Polizei vorzuschlagene Kompagnie für die in Frankreich beschäftigten belgischen Arbeiter behandelt. Vertreter aller Parteien erhoben Einspruch gegen die geplante Belästigung und forderten die Regierung auf, Schritte zu tun, um den drohenden Schaden abzuwenden.

5.

Helene war vor einem eleganten avelthöckigen Hause abgestiegen, und ging eiligen Schrittes durch mehrere geschmackvoll möblierte Räume. Möglicher blieb sie stehen und horchte. Durch die nur angelehnte Tür eines weiteren Gemachtes flang eine jugendliche, etwas gelindere Frauensilhouette in eleganter Robe hervor:

"Sie werben es mir zugeben, meine Herren, daß der Umstand, den ich habe Ihnen Ihre Beziehung unterlegte, von ganz besonderer Wichtigkeit ist unter sozialen und politischen Verhältnissen ist. Von allen Arbeitnehmern, die die Rübe des arbeitsamen Bürgers fördern, den Gemeinsinn der Gesellschaft unterstützen, und dadurch am verderblichsten auf die Ordnung des Staates einwirken, ist ohne Zweifel der . . ."

Helene hörte eine menige die Tür und blieb erstaunt stehen bei dem Anblick, der sich ihr bot.

Ein mittelgroßes, elegant eingerichtetes Zimmer, aber mit Büchern und Manuskripten überfüllt. Bücher auf den Tischen, Manuskripte auf den Stühlen, Journals auf den Sofas, Zeitungen auf dem Teppich.

Das merkwürdigste Bild jedoch zeigte die Bewohnerin dieses literaturreichen Gemachses selbst der Es war eine ganz junge Dame, vielleicht um zwei Jahre älter als Helene, mit strohblonden Haaren, einem rosigen Teint, und der gräßlichsten Gestalt, die sehr passend zu hellfarbige Seide gekleidet war. Was war aber der reizende Erklärmung eingefallen, daß sie sich eine blonde Bluse auf das fein geschnittene Kleid gelegt, und eine ringe lange Gürtelgird hinter das linke Ohr gesteckt hatte?

England.

* Der deutsche Botschafter in London, Graf Wolff-Bretternich, bat der Stadt London den Dank Kaiser Wilhelms für die Glückwünsche anlässlich des Geburtstages des Monarchen übermittelt.

Norwegen.

* Der neue Ministerpräsident Konow wird dem Storting eine Vereidigung vorzulegen, welche unterstreichen, die an das Land bedeutsam geringere Anforderungen stellt, als die frühere vom Storting abgelehnte.

Norwegen.

* Der neue Ministerpräsident Konow wird dem Storting eine Vereidigung vorzulegen, welche unterstreichen, die an das Land bedeutsam geringere Anforderungen stellt, als die frühere vom Storting abgelehnte.

* Die neue Balkantruppe, die der Vertrag der griechischen Regierung, eine Nationalversammlung einzuberufen, herausbeschlossen hat, macht den Mächten viel Kopfzerbrechen. Die Türkei hat ein Rundschreiben an die Mächte gesandt, in dem sie darauf hinweist, daß sie die Beleidigung der griechischen Nationalversammlung durch kriatische Abgeordnete als Kriegsgrund betrachten werde. Die Mächte bemühen sich nun, die Kräfte davon zu überzeugen, daß sie ihre Lage nur verschlechtert, wenn sie auf die Teilnahme an der Nationalversammlung bestehen. Da aber auch die griechische Militärs die Teilnahme wünschen, dürften sich die Verhältnisse sehr ernst gestalten.

Amerika.

* Aus New York wird berichtet, daß einzelne Abteilungen der Marine der Vereinigten Staaten in den letzten Tagen umfangreiche Wettfahrten unternommen haben. Der Grund für diese außergewöhnlichen Schnellfahrtprüfungen wird vom Marineministerium geheim gehalten.

Deutscher Reichstag.

* Am 1. d. steht auf der Tagesordnung zunächst die Bekanntmachung über den Eintritt des Abdes de Lepe (1912) gegen den Staat am 22. d. erzielten Ordnungserfolg. Debattores wird der Eintritt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Grünen und Roten abstimmen.

Es folgt die zweite Sitzung des Handelsvertrages mit Portugal.

* Abg. Horstmann (frz.): Wir sollten uns eigentlich von dem kleinen Portugal nicht so sehr gefangen lassen, aber mit der Ablehnung des Vertrages wäre mir nur den Engländern einen Erfolg, der hierfür von uns möglich eroberte Absatz geboten.

Abg. Herold (Betr.): Wir meinen, die Regierung hätte bei größerer Energie mehr erlangen können.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Herold (Betr.): Wir meinen, die Regierung hätte bei größerer Energie mehr erlangen können.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.

Abg. Schröder (frz.): Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Vertrag abgelehnt werden.